

Elfte wissenschaftliche Jahrestagung der Keynes-Gesellschaft
veranstaltet am 24. und 25. Februar 2015 im Grazer Schumpeter-Zentrum
zum Thema: Wachstum, Wohlfahrt und Verteilung

Mitteilung zur Europäischen Union
aus der Sicht der Klassisch-Keynesianischen Politischen Ökonomie

Heinrich Bortis, Universität Fribourg (Schweiz)

Werte Mitglieder der Keynes-Gesellschaft,

1. Erich Schneider hat um 1950 herum einmal gesagt: *Die Fakten sind stumm, nur eine Theorie bringt sie zum sprechen.* Einstein würde zugestimmt haben, ebenso Keynes. Theorie ist auch grundlegend, um die Entwicklung der EU, vor allem seit dem Zusammenbruch des Sozialismus um 1990 herum zu beurteilen. Das gilt auch für die Globalisierung.

2. Mainstream-Ansichten zum Trotz gibt es aber mehr als nur das neoklassisch-Walrasianische System der Ökonomik. Eine mögliche Alternative ist das klassisch-keynesianische System der Politischen Ökonomie. In diesem Theoriensystem können verschiedene heterodoxe Theorienströme eingeschlossen werden, wie etwa Post-Keynesianer und Neo-Ricardianer.

3. Die grundlegenden Prinzipien der neoklassischen Mainstream-Theorie sind bekannt: Selbstregulierende Märkte lösen auf der Basis des Marginalprinzips und des Gesetzes von Angebot und Nachfrage alle grossen ökonomischen Probleme: Wert und Preis, Verteilung, Beschäftigung; *unfreiwillige* Arbeitslosigkeit gibt es nicht. Geld ist exogen und neutral; der Finanzsektor verbessert die Funktionsweise der Märkte; der internationale Handel gründet auf dem Prinzip der komparativen Kosten, führt zu Wohlstandsteigerungen und trägt zur Friedenssicherung bei.

4. In der klassisch-keynesianischen politischen Ökonomie steht der *soziale Produktionsprozess* im Zentrum der Wirtschaft, die als materielle Basis einen politischen, rechtlichen, sozialen und kulturellen Überbau trägt. Geld ist endogen und beeinflusst über den Finanzsektor die reale Wirtschaft: Wir haben eine monetäre Produktionswirtschaft, nicht eine Marktwirtschaft mit neutralem Geld. Die Preise werden im sozialen Produktionsprozess bestimmt (Sraffas Produktionspreise). Die Verteilung wird durch das Überschussprinzip geregelt und ist positiv

gesehen ein Machtproblem, normativ ein Problem der verteilenden Gerechtigkeit, die im Zentrum der Sozialethik steht. Das Beschäftigungsniveau wird *immer*, auch langfristig, von der effektiven Nachfrage bestimmt; unfreiwillige Arbeitslosigkeit ist demnach auch langfristig möglich. Die effektive Nachfrage und die Beschäftigungsvolumen steigen, wenn die Einkommensverteilung ausgeglichener wird und deshalb die Kaufkraft der Bevölkerung steigt.

5. Theoretische und historisch-empirische Gründe sprechen dafür, dass die klassisch-keynesianische politische Ökonomie der neoklassisch-Walrasianischen Ökonomik überlegen ist. Von entscheidender Bedeutung ist die kapitaltheoretische Kritik.

6. Nach 1990 setzte in Europa eine regelrechte neoliberale Euphorie ein. Der Neo-Liberalismus und seine historische Realisation, der Industrie- und Finanzkapitalismus, schienen definitiv die einzige Möglichkeit zu sein, um die moderne Welt zu organisieren. Die neoklassisch-Walrasianische Gleichgewichts-Ökonomie und Marshalls Angebots- und Nachfragediagramme entwickelten sich zu einem Einheitsdenken in der ökonomischen Theorie, zur herrschenden Idee (Ideologie), neben der nichts mehr Platz haben durfte. Auf dieser Theoriengrundlage wurden die Institutionen gestaltet. Der Globalisierung wurde freier Lauf gelassen und weiträumige Freihandelszonen mit Einheitswährung wurden geschaffen, vor allem die EU. Die Hoffnungen waren gross: mehr Wettbewerb würde den technischen Fortschritt intensivieren und Wachstum und Wohlfahrt steigern. Der ganze Ansatz war angebotsorientiert im Sinne von Jean-Baptiste Say.

7. Diese grossen Hoffnungen blieben weitgehend unerfüllt. Seit 1990 und vor allem seit der Einführung des Euro hat die unfreiwillige Arbeitslosigkeit markant zugenommen und die Einkommensverteilung ist erheblich ungleicher geworden. Austeritätspolitiken haben die Lage noch verschlimmert. Das alles mit sozialen Konsequenzen. Die Armut hat zugenommen und neue soziale Klasse ist im Entstehen begriffen, das Prekariat (Standing 2011). Die Situation ist besonders dramatisch in Griechenland. Die eminente und hoch angesehene griechische Ökonomin Maria Negreponi-Delivanis spricht von sozio-ökonomischem Völkermord, was sie in ihrem neuesten Buch bestätigt (Negreponi-Delivanis 2014).

[Massive Leistungsbilanzdefizite und eine ungleiche Einkommensverteilung sind wahrscheinlich die Hauptgründe für den Rückgang von Volkseinkommen und Beschäftigung als auch der Steuereinnahmen in Griechenland; als Folge haben Budgetdefizite und Staatsverschuldung zugenommen, verstärkt durch die Steuerhinterziehung; die etwas zu hohen Staatsausgaben tragen jedoch zur Stimulierung der Wirtschaft bei und vermindern so Defizite und Schuldenzunahme.]

Auch unsere kleine Schweiz ist betroffen. Der Schweizer Franken wird als sicherer Anlagehafen für die riesigen Massen von Finanzkapital gesehen, die gegenwärtig die Welt überfluten (zur Rolle des Finanzsektors in einer monetären Produktionswirtschaft: Bortis 2013, pp. 346-52 und Bortis 2015). Ein massiver Negativzins, eventuell 40% wie 1978, ist vielleicht der einzige (kurzfristige) Ausweg, um verheerende Auswirkungen auf den realen Sektor zu vermeiden (mittel- und langfristig käme eventuell ein *Sovereign Fund* in Frage). Jedenfalls muss der fortschreitenden Finanzialisierung – Domination des Finanzsektor über den realen Sektor – Einhalt geboten werden, wenn wir eine Katastrophe vermeiden wollen (Bortis 2013, pp. 346-52, Bortis 2015 und Chesney 2014).

8. Die Globalisierung und der grosse europäische Binnenmarkt sind in der Perspektive der klassisch-keynesianischen politischen Ökonomie eine Sackgasse. Nicholas Kaldor hat immer gesagt, dass grossräumige Freihandelszonen mit Einheitswährung und gleichzeitig ungleichen Entwicklungsniveaus in den verschiedenen Ländern und Regionen zu kumulativen Prozessen führen, die höhere unfreiwillige Arbeitslosigkeit und eine ungleichere Einkommensverteilung bewirken. Damit verbunden sind eine Schwächung des Mittelstandes, zunehmende Armut und das Entstehen von superreichen Oligarchien, auch in der Schweiz (Kissling 2008). Die wichtigsten Gründe für diese Entwicklungen sind das Gesetz der Massenproduktion von Friedrich List – zunehmende Skalenerträge! – und die Schumpetersche technische Dynamik, die neue Märkte sichert [bereits hochentwickelte Produktivkräfte (Friedrich List) weiter entwickeln]. Über den externen Entwicklungsmechanismus – mit Exporten Arbeitsplätze schaffen – werden die wirtschaftlich bereits starken Länder stärker, die schwächeren werden an die Wand gedrängt. In diesem darwinistischen Umfeld verlangt man nun von den west- und südeuropäischen Ländern, Reformen durchzuführen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und sich so Deutschland und der Schweiz anzugleichen. Hätten sie dabei Erfolg, würde die Welt in Kaldorscher Perspektive regelrecht verrückt werden. Weil die Weltmärkte begrenzt sind, würde der Wettbewerb mörderisch werden und der Kampf um Marktanteile würde dramatischen Formen annehmen und der Weltkrieg der Währungen würde sich intensivieren. Wenn jetzt die hochentwickelten Länder den weniger entwickelten Freihandel und Demokratie als Entwicklungsrezepte vorschreiben wollen, ist das Heuchelei (Chang 2002). Tatsächlich habe sich *alle* grossen Industrienationen über Protektionismus und angeführt von starken Eliten entwickelt.

9. Die von den neoklassischen Mainstream-Ökonomen postulierte Koordinationsfähigkeit des Marktes gibt es also nicht. Es gibt keinen Mechanismus, der langfristig das Investitionsvolumen und das Sparen bei Vollbeschäftigung in Übereinstimmung bringt (Piero Sraffa; Pierangelo

Garegnani, Heinz Kurz). Das Gesetz von Angebot und Nachfrage ist demnach nicht kompatibel mit dem Prinzip der effektiven Nachfrage, das auf $S = I$ beruht.

Die neoklassischen Grundprinzipien (Marginalprinzip und das darauf aufbauende Gesetz von Angebot und Nachfrage) sind also nicht solide. Prinzipien müssen aber eindeutig und hart wie Granit sein, sonst baut man Theorie, Wirtschaftspolitik und die Institutionen auf Sand (Keynes, *Wirtschaftliche Folgen des Friedensvertrages* (1920; Orig. 1919), S. 1).

Wir müssen deshalb *voll* zurück zu Keynes, gereinigt von neoklassischen Elementen und auf klassische Grundlagen gestellt. Das Keynes'sche Prinzip der effektiven Nachfrage muss mit dem klassischen Arbeitswertprinzip sowie dem klassischen Überschussprinzip zusammengebracht werden. Und schliesslich ist es unbedingt erforderlich, die klassisch-keynesianische politische Ökonomie auf die von *Keynes* erarbeitete *sozial-liberale Vision von Mensch und Gesellschaft* zu stellen (Bortis 1997 und 2013). Die weltanschauliche Grundlage ist unbedingt erforderlich, denn die neoklassische Theorie steht ebenfalls auf einer sehr attraktiven weltanschaulichen Grundlage, nämlich dem Liberalismus. Diese verleiht der neoklassischen Theorie ihre immer noch beträchtliche Durchschlagskraft, trotz ihrer Schwächen.

10. Um den destabilisierenden Tendenzen von Marktwirtschaften zu begegnen, braucht es eine neue Weltwirtschafts- und Finanzordnung, wie sie Keynes anlässlich der Weltwährungs-Konferenz von Bretton Woods (1944) vorgeschlagen hat. Jedes Land hat sein eigenes Geld; Handels- und Finanztransaktionen würden über ein supranationales Geld abgewickelt werden (Euro oder Bancor). Damit würde der interne Entwicklungs- und Beschäftigungsmechanismus wieder zum Zuge kommen (Bortis 2013, pp. 355-62). Ein **hohes Beschäftigungsniveau** würde im Sinne von Keynes / Beveridge durch eine **permanente Einkommens- und Beschäftigungspolitik** sichergestellt werden. **Eine gleichmässige Verteilung der Einkommen stärkt die Kaufkraft der Bevölkerung und führt zu einem höheren Beschäftigungsvolumen (Keynes, *General Theory*, pp. 372-73).**

Ein gewisses Management des Aussenhandels wäre erforderlich, um eine dauernd zunehmende Aussenverschuldung zu vermeiden. Im Prinzip gibt es aber keine Obergrenze für das Volumen des Aussenhandels: Die Leistungsbilanz kann bei irgendeinem Niveau der Exporte und Importe im Gleichgewicht sein.

Politisch würde Europa eine lebendige, kulturell diverse Staatenfamilie im Sinne von Adenauer und de Gaulle bilden – eine Standardisierung Europas nach amerikanischem Muster wäre langfristig

tödlich. Die einzelnen Staaten wären souverän und jedes Land und jede Region könnte seinen eigenen Lebensstil pflegen. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips könnte es supranationale Institutionen geben, die Koordinationsaufgaben wahrnehmen und gemeinsame Angelegenheiten regeln, zum Beispiel im Bereiche der Aussen- und Sicherheitspolitik.

Bibliographische Hinweise

- Heinrich Bortis (1997): *Institutions, Behaviour and Economic Theory – A Contribution to Classical-Keynesian Political Economy*, Cambridge (Engl.), New York and Melbourne (Cambridge University Press); paperback edition 2006
- Heinrich Bortis (2013): *Post-Keynesian Principles and Economic Policies*, in: *Handbook of Post-Keynesian Economics*, edited by Geoffrey Harcourt and Peter Kriesler, volume II, chapter 16, Oxford University Press, pp. 326 – 365
- [Heinrich Bortis (2013): *Piero Sraffa and Shackle's 'Years of High Theory' - Sraffa's Significance in the History of Economic Theories*, in: *Sraffa and the Reconstruction of Economic Theory*, 3 volumes, edited by Enrico Sergio Levrero, Antonella Palumbo and Antonella Stirati; volume 3, edited by Antonella Stirati: *Sraffa's Legacy: Interpretations and Historical Perspectives*, London: Palgrave–Macmillan, pp. 55 – 83]
- Heinrich Bortis (2015): *Capital mobility and natural resource dynamics: a classical-Keynesian perspective*, in: Mauro Baranzini, Claudia Rotondi and Roberto Scazzieri (eds): *Resources, Production and Structural Dynamics*, Cambridge (Cambridge University Press), pp. 155 – 173
- Ha-Joon Chang (2002): *Kicking Away the Ladder – Development Strategy in Historical Perspective*. London (Anthem Press)
- Marc Chesney (2014): *Vom Grossen Krieg zur permanenten Krise – Der Aufstieg der Finanzaristokratie und das Versagen der Demokratie*, Zurich (Versus Verlag)
- Hans Kissling (2008): *Reichtum ohne Leistung – Die Feudalisierung der Schweiz*. Zürich/Chur (Rüegger Verlag)
- Maria Negrepointi-Delivanis (2014): *L'Assassinat Économique de la Grèce et l'ultime recours: la drachme*, traduit du grec par Caroline Luigi, Paris (L'Harmattan)
- Guy Standing (2011): *The Precariat – The New Dangerous Class*. London (Bloomsbury Academic)